

II-1417 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

13.5.1968

633/A.B.

zu 658/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundeskanzlers Dr. K l a u s

auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. K r a n z l m a y r und Genossen,
betreffend die Postwurfsendung der Bundesregierung vom Feber 1968 und die
Postwurfsendung der Stadt Wien vom März 1968.

-.-.-.-

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. K r a n z l m a y r, Dr. Geischläger,
Dr. Mussil und Genossen haben am 18. April 1968 unter Nr. 658/J an mich eine
Anfrage, betreffend die Postwurfsendung der Bundesregierung vom Februar 1968
und die Postwurfsendung der Stadt Wien vom März 1968 gerichtet, welche
folgenden Wortlaut hat:

"Die parlamentarische Opposition hat in den letzten Wochen wiederholt
sehr heftig gegen die Postwurfsendung der Bundesregierung "für alle" Stel-
lung genommen und eine solche Aktion als Propaganda für die Regierungspartei
hinzustellen versucht. Kurze Zeit nach dem Erscheinen dieser Informations-
schrift im März 1968 erhielten die Wiener Haushalte eine von der Stadt Wien
herausgegebene Postwurfsendung unter dem Titel "Wien baut weiter".

Diese Broschüre der Stadt Wien umfaßt 16 Seiten in Tiefdruck und ent-
hält neben versteckten Angriffen auf den Bund eine Reihe recht deutlicher
propagandistischer Hinweise auf die sozialistische Rathausmehrheit in Wien.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler
die

A n f r a g e :

Sind Sie, Herr Bundeskanzler, in der Lage, festzustellen, in welchem
Verhältnis der Preis eines Exemplares der Postwurfsendung "Information der
Bundesregierung", erschienen im Februar 1968, zu der Postwurfsendung der
Stadt Wien, unter der Bezeichnung "Offizielles Organ der Bundeshauptstadt",
die im März 1968 an die Wiener Haushalte verteilt wurde, steht?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten: [Ich bin dazu
nur insoferne in der Lage, als ersichtlich ist, daß die Postwurfsendung der
Bundesregierung aus 8 im Rotationsdruck hergestellten Seiten bestand und
nicht aus 16 im Tiefdruck hergestellten Seiten.

Die Herstellung der Postwurfsendung der Bundesregierung in der Form,
wie sie die Gemeinde Wien für ihre Postwurfsendung verwendet hat, hätte
allein für die Wiener Haushalte - roh kalkuliert - einen Mehrbetrag von rund
400.000 S erfordert, für alle österreichischen Haushalte wären entsprechend
höhere Mehrkosten entstanden.

-.-.-.-